

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5760 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 94

Altensteig, Montag, den 24. April 1933

58. Jahrgang

Der Feiertag der nationalen Arbeit

Ein Rundschreiben des Reichsinnenministers

Berlin, 23. Mai. Der Reichsminister des Innern hat in einem Rundschreiben an die obersten Reichsbehörden und die Landesregierungen Richtlinien über die Begehung des Feiertages der nationalen Arbeit in der öffentlichen Verwaltung erlassen.

Am 1. Mai wird im ganzen Reich allgemein gefeiert. Auf den Gebäuden der Reichsverwaltung werden die schwarz-weiße Fahne und die Solentruwe angebracht. Die Landesverwaltungen werden für ihren Geschäftsbereich Beflaggung anordnen. Die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeindevorsteher werden die Einwohner ihrer Gemeinden aufrufen, sich mit Beflaggung der Privathäuser dem Vorhaben der öffentlichen Verwaltung anzuschließen, um damit der inneren Verbundenheit von Volk und Staat feierlichen Ausdruck zu verleihen. Die Dienstgebäude werden mit frischem Birkenzweigen oder sonstigem Grün in einfacher Weise geschmückt. Schon durch das Aufleben eines Birkenzweiges auf dem Hauptmast oder an besonders hervorragenden Gebäudeteilen kann in jeder Form dem Gedanken der erwachsenen Natur des Frühlings und der Hoffnung Ausdruck verliehen werden.

In der Reichshauptstadt werden drei große Feiern abgehalten. Im Lustgarten findet um 10.30 Uhr morgens ein feierlicher Staatsakt statt, bei dem der Reichsminister für Volksernährung und Propaganda sprechen und bei der eine Botschaft des Reichspräsidenten verkündet werden wird. Um 18 Uhr werden Abordnungen der Arbeiterschaft aus allen Reichsteilen empfangen. Um 19.30 Uhr findet eine große Abendfeier auf dem Tempelhofer Feld in Berlin statt. Diese drei Feiern werden durch den Deutschlandsender auf alle deutschen Sender übertragen.

Die außerordentlichen Landesverwaltungen werden in der Landeshauptstadt einen feierlichen Staatsakt veranstalten und Arbeiterabordnungen empfangen.

Die Schulfeste werden so eingerichtet, daß die Schulen mit ihren Leitern und Lehrkräften die Uebertragung des großen Staatsaktes im Berliner Lustgarten durch den Schulfunk hören. In den Schulen, in denen eine Rundfunkeinrichtung noch nicht besteht oder bis zum 1. Mai sich noch nicht einrichten läßt, werden die Schulfeste möglichst in Anlehnung an die Feier im Lustgarten gestaltet werden.

In den in Berlin stattfindenden drei Feiern soll die Bevölkerung im ganzen Reich unmittelbar teilnehmen, indem in allen Orten an geeigneten großen Plätzen von den Gemeindeverwaltungen Lautsprecher aufgestellt werden.

Die Musikkapellen der Schutzpolizei, der Feuerwehr, der SA. und SS., des Stahlbundes, der Kriegervereine, des Koffhäuserbundes und anderer Verbände werden Platzkonzerte veranstalten. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß an allen Standorten mit Musikkapellen Platzkonzerte stattfinden. Soweit besondere örtliche Feiern veranstaltet werden, werden diese so gelegt, daß sie mit den drei Uebertragungen aus der Reichshauptstadt auf den Deutschlandsender nicht zusammenfallen.

Erklärung der Arbeitgeberverbände

Berlin, 23. April. Zur Feier der nationalen Arbeit am 1. Mai hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wie folgt Stellung genommen:

Die deutsche Reichsregierung hat den 1. Mai, der früher ein Tag der Befreiung sozialer Zwietracht war, in einen Feiertag der nationalen Arbeit zur Ehrung der Arbeit im Sinne der Einheit des deutschen Volkes umgewandelt. Die deutschen Arbeitgeber haben das Bekenntnis der Regierung zum nationalen Frieden und zur Beseitigung des unsers Volksgemeinschaft erreichenden Klassenkampfes freudig begrüßt und sich der Regierung mit allen ihren Kräften zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Es wird diesem Ziel der sozialen Versöhnung dienen, wenn dem Zusammenschlußgefühl zwischen allen Trägern der deutschen Arbeit, zu denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zählten, am Feiertag der nationalen Arbeit auch von den Arbeitgebern in einer den örtlichen und betrieblichen Verhältnissen entsprechenden Form Ausdruck gegeben wird.

Maifeier-Pläne für das Tempelhofer Feld

Berlin, 22. April. Die Vorbereitungen für den 1. Mai, den Tag der nationalen Arbeit, sind in vollem Gange. Stadtbaudirektor Kühn machte vor der Berliner Presse nähere Angaben über die Pläne und Arbeiten für die Abendfeier auf dem Tempelhofer Feld. Es soll eine Riesentribüne errichtet werden. Reichsminister Adolf Hitler wird eine Hindenburg-Eiche pflanzen. Die Tribüne soll 12 000 Menschen fassen. In

Führertagung der NSDAP. in München

München, 23. April. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Am Samstag vormittag verammelten sich sämtliche in München anwesenden Führer der Bewegung, die politischen Leiter sowie die höheren SA- und SS-Führer im Rahmen der Führertagung der NSDAP. zu einer Sitzung im historischen Festsaal des alten Münchner Rathauses. Als Vertreter des Führers war der Vorsitzende der politischen Zentralkommission der NSDAP, Amtsleiter Rudolf Heß, erschienen, als Vertreter der Reichsleitung die Amtsleiter Dr. von Schwan, Boubler, Frank, Fiebler, Buch und Grimm.

Der Reichsinspektor der PD., Robert Wagner, eröffnete die Sitzung mit einem Gedanken an die Toten der Bewegung und mit einem Gruß an den Führer, in den die Versammlung mit einem dreifachen Heil einstimmte.

Dann ergriff der Vertreter des Führers, Rudolf Heß, das Wort zu einer kurzen und eindrucksvollen Ansprache an die versammelten Führer der Bewegung. Er erinnerte daran, daß seit der letzten in München abgehaltenen Führertagung Ereignisse von einer Bedeutung über die politische Bühne gegangen sind, die wir in ihrer vollen Größe heute vielleicht noch nicht ermessen können. Mit historischen Taten habe die nationalsozialistische Bewegung bereits die Fundamente eines neuen Staates gebaut. Sie sei mit der deutschen Zukunft untrennbar verbunden. Je mehr die nationalsozialistische Bewegung an Kraft gewinne, desto mehr werde der neue Staat gestärkt. Die warme Zustimmung, die die Worte des Vertreters des Führers fanden, war ein Beweis für den Willen der nationalsozialistischen Führerschaft den gestellten Aufgaben der Bewegung mit der alten Kraft und Zähigkeit zu dienen.

Es folgten Referate über die Gestaltung des 1. Mai zum Tag der Arbeit sowie über die Aufgaben der Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Partei. Der Leiter des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsparteileitung, Amtsleiter Walter Buch, machte dabei grundsätzliche Ausführungen über die Schärfe, mit der gerade jetzt die Siebung der Parteimitgliedschaft durchgeführt wird.

Der Staatsleiter der Parteiorganisation, Dr. A. Vogt, ergriff nun das Wort zu einer Ansprache, in der er auf den harten und schweren Kampf hinwies, der die Bewegung in den letzten 14 Jahren aus kleinster Anfängen zum Siege führte. Der unbedingte Glaube an die Idee und das Vertrauen zu der überaus persönlichen Persönlichkeit Adolf Hitlers habe die Grundtöne dieses Sieges geschaffen. Noch sei das Werk nicht vollendet. Mit demselben unerschütterlichen Kampfeswillen und Verantwortungsbewußtsein müsse weiter gekämpft werden. Erst dann werde Deutschland gerettet sein, wenn das ganze Volk geeint sei. Es werde dann der Tag kommen, an dem eine spätere Generation vor uns hintrete und uns sage: „Wir danken Euch, daß Ihr Deutschland wieder emporgelöhrt habt zu einem Staat der Ehre und der Größe.“

Als Vertreter des Stabschefs der SA. sprach der Reichsführer der SS. Himmler über die Zusammenarbeit zwischen der politischen Leitung der Bewegung und der SA. und SS. Der Sieg sei errungen worden, weil alle Kämpfer sich immer zuerst als Nationalsozialisten gefühlt hätten. Die politischen Leiter und Führer seien die Männer gewesen, die durch Propaganda und Organisation die Bewegung groß gemacht hätten, die SA. und SS. sei das Schwert der Bewegung, das dieses Werk härte und sichere. Gemeinsam würden politische Leitung und SA. und SS. ihre gemeinschaftliche Aufgabe erfüllen.

Mit einem kurzen Referat des Amtsleiters Alfred Rosenberger über die Aufgaben des neugegründeten außenpolitischen Amtes der NSDAP. fand die Sitzung ihr Ende.

Die Führertagung fand am Samstag durch die Anwesenheit Adolf Hitlers ihren Höhepunkt. Siedend hörte die Versammlung die Begrüßungsworte, die der Stellvertreter des Stabsleiters der PD., Robert Wagner, an den Führer richtete. Partei und Volk bilde in tiefer Verehrung zu Adolf Hitler empor und sei glücklich, von ihm geführt zu werden. Ein dreifaches Heil und der Gruß der Versammlung.

Rede des Führers Adolf Hitler

Dann ergriff der Führer das Wort zu einer von tiefer innerer Kraft und Staatsmännischem Geiste getragenen Rede. Er wies einleitend darauf hin, daß es gelungen sei, die nationale Revolution trotz der so durchgreifenden Wirkungen auf allen Gebieten des Lebens und im Gegensatz zu allen früheren Revolutionen

disziplinierter in der Hand zielbewusster Führung zu halten. Der Grund dafür liege in der Tatsache, daß frühere Revolutionen von undisciplinierter Menschenhand ziellos durchgeführt wurden, um dann schließlich in ihre Gegensätze auszufließen. Das Kennzeichen der nationalen Erhebung sei dagegen, daß ihr Träger die in äußerster Disziplin aufgebaute und kampfbereite nationalsozialistische Bewegung sei. Wenn ihre Disziplin, ihr Kampfeswillen und das Zielbewußtsein der Führung erhalten blieben, dann würde der Sieg ein vollkommener und dauernder sein.

Die Geschehnisse, die sich in Deutschland abgepielt hätten, seien ein einzigartiges, wunderbares Zusammenspiel zwischen der unapostrophierten Volksbewegung und der durchdachten Leitung durch die Führung. Das müsse auch in Zukunft der Fall sein. Adolf Hitler erklärte, er müsse stets das Bewußtsein haben können, daß bei jeder Maßnahme das ganze Volk in seiner überwältigenden Mehrheit hinter ihm stehe. Die Unüberwindlichkeit unserer Macht müsse darin bestehen, daß sich die ganze Nation uns geistig anschließe.

Der Führer befahte sich in diesem Zusammenhang in großen Zügen mit den im Vordergrund stehenden politischen Fragen der Gegenwart. Er legte außenpolitisch ein klares Bekenntnis zur Politik des Friedens ab, den Deutschland brauchen und erhalten wolle. Deutschland aber könne nicht zu einer Nation zweiten Ranges weiterhin gesenkt, sondern müsse in der Welt als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden. Der Führer betonte dabei ausdrücklich, daß Außenpolitik nicht gemacht werde mit der Stirn nach außen, sondern mit dem Willen nach innen.

Innenpolitisch erklärte er, daß der Kampf gegen den Marxismus keine Abwägung erfahren werde. Wenn auch der Marxismus sich heute bereits tot stelle, so könne ihn das nicht davon abhalten, daß er endgültig vernichtet werde. Der Führer wies darauf hin, welche große Aufgaben damit gestellt seien, die nationalsozialistische Weltanschauung zum Gemeingut des ganzen Volkes und die nationalsozialistische Bewegung immer mehr zur Trägerin des neuen Staates zu machen, den sie aufgebaut hat. Die Führung ginge Schritt für Schritt systematisch weiter auf dem Wege zum neuen Deutschland. Aufgabe der Partei sei, Schritt zu halten und die ganze Nation auch geistig der Führung anzuschließen.

Die Schlagkraft der Bewegung müsse dabei nicht nur erhalten, sondern erhöht werden. Die untrennbare Einheit zwischen Führung und Gefolgschaft müsse die Einheit des Handelns für immer gewährleisten. Er sei stolz darauf, Kanzler zu sein, aber stolzer noch sei er, Führer dieser Bewegung zu sein, die den Sieg über die Verderber des deutschen Volkes allein ermöglichte. Er wisse, daß die Bewegung wie bisher sich auch weiterhin ohne Rücksicht auf die kleinen Räte des Alltages vollständig mit seinen höheren Zielen identifiziere. Der Grundgedanke der Disziplin sei das Fundament der Bewegung. Als die Aktion zur Abwehr der jüdischen Grenz- und Vorkriegsbedrohungen wurde, setzte sie schlagartig ein, als sie beendet wurde, brach sie ebenso schlagartig ab.

In klaren Worten umriß der Führer das innige Verhältnis und die einander sich ergänzenden Aufgaben der politischen Leitung und der SA. und SS. Die Zusammenarbeit dieser beiden Faktoren der Bewegung habe den Sieg errungen, sie werde auch der Garant der Zukunft sein. Noch ständen große und wichtige Aufgaben bevor. Die Revolution sei erst dann beendet, wenn die ganze deutsche Welt innerlich und äußerlich völlig neu gestaltet sei. Der Führer erklärte dabei: „Nicht die Lauen und Neutralen machen die Geschichte, sondern die Menschen, die den Kampf auf sich nehmen. Dadurch, daß unsere Bewegung im Sturmschritt marschiert ist und marschiert, hat sie die Kraft in sich, sich gegen jeden Feind durchzusetzen und den Sieg zu erringen. Die Bewegung hat 2000 Jahre deutscher Kultur und Geschichte übernommen. Sie wird die Trägerin der deutschen Geschichte und der deutschen Kultur der Zukunft werden. Sie wird dafür sorgen, daß neue unergänzliche Dokumente geschaffen werden, die unser Volk weiter einreiben in die Zahl der großen Kulturvölker der Weltgeschichte.“

Keine Betreuung des Reichsaußenministers Neurath mit der Reichskatholikerei in Württemberg

Berlin, 23. April. WTB. meldet: Die in einigen Tageszeitungen verbreitete Nachricht einer bevorstehenden Betreuung des Reichsministers des Auswärtigen Freiherrn von Neurath mit der Reichskatholikerei in Württemberg entbehrt jeder Begründung und beruht auf freier Erfindung.

der Mitte der Tribüne soll ein Hahnenberg mit 1000 Fahnen errichtet werden. Der Reichsminister wird von der Tribüne eine Rede über die Arbeit des ersten Jahres im Rahmen des Vierjahresplanes halten. Vor den Tribünen sollen Plätze für 400 Musiker, 16 000 SA-Männer und 80 000 zahlende Festteilnehmer geschaffen werden. Die Festzüge der Betriebszellenorganisationen sollen sich auf zwölf Einzelspuren zu je 60 000 Menschen verteilen. Daneben ist Raum für 200 000 andere Besucher. Insgesamt wird mit einer Teilnehmerzahl von einer Million gerechnet. Den Abschluß des Festes wird ein Riesenseuerwerk bilden. Die Kosten betragen etwa eine Viertelmillion RM., die durch die Eintrittskarten gedeckt werden sollen.



Wichtige Kabinettsbeschlüsse

Reichsjustizkommissar, Pächterschutz und Studentengesetz
 Das Reichskabinett hielt am Samstag die angekündigte Kabinettsitzung ab. Sie war die erste Beratung nach der Osterpause. Die Sitzung dauerte von 12.15 bis 2.30 Uhr. Nachmittags begab sich Reichskanzler Hitler im Flugzeug wieder nach München, von wo er Montag zurück erwartet wird. Auch Propagandaminister Dr. Goebbels hat Berlin verlassen, um seine Kölner Reise anzutreten. Er wird Dienstag zurück erwartet.

W.B. meldet: Auf Anregung des Reichsjustizministers hat das Reichskabinett beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten die Ernennung eines Reichskommissars für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung vorzuschlagen und hierfür den bayerischen Staatsminister der Justiz, Dr. Brand, zu benennen.

Aufgabe des Reichskommissars soll es sein, die einheitliche Durchführung der Reichsgesetze in den Ländern zu sichern. Der Reichskommissar soll ferner den beim Reichsjustizministerium zu bildenden Gremium persönlich angehören, und zwar als stellvertretender Vorsitzender, die beauftragt werden, die Reform der Gesetzgebung vorzubereiten. Dabei handelt es sich zunächst um die Strafrechtsreform, die Umgestaltung des Strafverfahrens und des Strafvollzuges und um eine Reihe weiterer Gesetzgebungsarbeiten, die seit längerer Zeit vorbereitet sind und mit Rücksicht auf die parlamentarischen Verhältnisse bisher nicht haben zum Abschluß gebracht werden können, wie das Aktiengesetz, die Vergleichsordnung, die Gesetze über das Urheberrecht, den gewerblichen Rechtsschutz, die Zivilprozessreform u. a. m.

Im Verlauf der Beratungen wurden vier Gesetzentwürfe verabschiedet, und zwar der Gesetzentwurf über die Bildung von Studentenschaften, ein Gesetz über den Pächterschutz, ein Gesetz über die Neubildung von Steueraussschüssen und endlich eine Vorlage über die Zulassung zur Patentanwaltschaft. Außerdem hat das Kabinett auf Antrag des Reichsjustizministers beschlossen, dem Reichspräsidenten die Ernennung des bayerischen Staatsministers der Justiz, Dr. Brand, zum Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung vorzuschlagen. Den Abschluß der Ministerbesprechungen bildete ein Bericht des Reichswirtschaftsministers Dr. Hugenberg über die deutsch-holländischen Handelsvertragsverhandlungen.

Von den neuen Gesetzentwürfen regelt das Gesetz über den Pächterschutz die Kündigungsbedingungen der landwirtschaftlichen Pächter neu und bringt gewisse Erleichterungen. Wenn ein Verpächter seinem Pächter kündigt, kann auf Antrag des Pächters das Pachteinigungsamt die Kündigung aufheben. Neugekündigt kann nur nach einem längeren Zeitraum werden, wenn der Pächter mit seinen Verpflichtungen erheblich in Verzug geraten ist oder ein besonderes Verschulden vorliegt. Im übrigen wird der Pachtervertrag zunächst um ein Jahr verlängert.

Das Gesetz über die Zulassung der Patentanwälte lehnt sich sehr eng an das neue Beamtengesetz an. Es gibt die Möglichkeit, Patentanwälte, die den Bestimmungen des Beamtengesetzes nicht entsprechen, bis zum 30. September aus der Liste der Patentanwälte zu streichen. Das betrifft besonders Anwälte, die sich kommunistisch betätigt haben oder jüdischer Abstammung sind, ohne den Bestimmungen des Beamtengesetzes entsprechend im Felde gewesen zu sein. Die Zulassung nichtarischer Anwälte und solcher Anwälte, die der KPD angehört oder sich in ihrem Sinn betätigt haben, wird nach den gleichen Richtlinien neu geregelt.

Das Hochschulgesetz regelt die Neubildung der Studentenschaften an den Hochschulen der Länder und entspricht im großen und ganzen dem neuen preussischen Studentenrecht vom 19. April d. J. Danach gehören also sämtliche Studenten künftig der Studentenschaft an. Die Führer der Studentenschaften werden künftig ernannt, es werden sogenannte bildliche Kammern gebildet, die Wahlen fallen künftig aus.

Das Gesetz über die Gleichschaltung der Steueraussschüsse bei den Finanzämtern geht im großen und ganzen ebenfalls von den Bestimmungen des Beamtengesetzes aus.

Das Kabinett wird sich voraussichtlich am Dienstag zu seiner nächsten Sitzung versammeln.

Die Fettsteuer

Berlin, 23. April. Im Reichsgesetzblatt vom 21. April ist im Rahmen des Fettprogramms der Reichsregierung die Verordnung über die Erhebung einer Ausleihschuld auf Fette sowie eine Nachsteuerverordnung veröffentlicht worden. Die Fettsteuer tritt am 1. Mai 1933 in Kraft. Sie erläßt Karaboline, Rauschpulver, Speiseöl, auch geschärft, Pflanzenfette und geschärften Tran. Die Steuer beträgt 0,50 RM für 1 Kilogramm und wird bei dem Hersteller der Fette erhoben. Händler, die lediglich Großhandel betreiben, werden, soweit es sich um Speiseöl, Pflanzenfette und geschärften Tran handelt, wie Hersteller behandelt. Hersteller und Großhändler unterliegen der Steuerpflicht. Sie haben sich als solche der für ihren Betrieb zuständigen Zollstelle bis zum 15. Mai 1933 anzumelden. Fette, die zu gewerblichen technischen Zwecken Verwendung finden, können von der Steuer befreit werden.

Der Nachsteuer sind die oben bezeichneten Fette unterworfen, die sich am Schluß des Monats April 1933 außerhalb der Bezirksamtsbetriebe befinden. Zur Anmeldung dieser Bestände bei der zuständigen Zollstelle sind alle Händler mit solchen Fetten einschließlich der vorerwähnten Großhändler verpflichtet, ferner Personen, die Fette zur gewerblichen Herstellung oder zur gewerblichen Zubereitung von Lebens- oder Genussmitteln verwenden (z. B. Bäckereien, Hotels, Gastwirtschaften). Vorräte bei anderen Personen fallen nicht unter die Nachsteuerpflicht. Beträgt der zu Beginn des Monats Mai vorhandene Vorrat an Fetten nicht mehr als einen Zentner, so wird die Nachsteuer nicht erhoben. Ist der Vorrat größer als ein Zentner, so ist der ganze Vorrat nachsteuerpflichtig. Die Nachsteuer beträgt 0,50 RM für 1 Kilogramm.

Die in Betriebsbetrieben nach dem letzten Geschäftsjahr im April 1933 vorhandenen Fettvorräte haben die Hersteller zu ermitteln und diese Mengen wegen Aufnahme in die geforderte steuerliche Buchführung schriftlich festzustellen.

Politik am Wochenende

Berlin, 23. April. Das Schwerkriegsgericht der Politik während des Wochenendes lag naturgemäß bei der nationalsozialistischen Führerbesprechung in München, über die ein längerer parteiantlicher Bericht ausgegeben worden ist. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Kanzler, wie ursprünglich beabsichtigt, am morgigen Montag nach Berlin zurückkehren wird. Die nächste Sitzung des Reichskabinetts soll am Dienstag stattfinden. Man kann wohl annehmen, daß in dieser Sitzung vor allem die Fragen behandelt werden, die am Samstag zurückgestellt wurden. Dazu gehört in erster Linie die politische Aussprache. Ebenso sind in der Samstagsitzung die noch ausstehenden Ernennungen von Reichsstatthaltern noch nicht behandelt worden, und auch das Gesetz gegen die Ueberfremdung der Schulen wurde bekanntlich zurückgestellt, weil es erst noch einmal einem Umbau unterzogen werden sollte.

Am Montag findet eine Kabinettsitzung in Preußen statt. Die Frage der Besetzung des preussischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Landwirtschaftsministeriums ist bisher noch nicht weiter gediehen. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen mit Minister Hugenberg zu Beginn der neuen Woche fortgeführt werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man auch mit der Möglichkeit, daß diese Frage in dem weiteren Rahmen der politischen Gesamtsituation einer Klärung entgegengeführt wird.

Botschafter Radolny über die Abrüstungsverhandlungen

Berlin, 23. April. Botschafter Radolny, der Führer der deutschen Delegation für die Genfer Abrüstungsverhandlungen, der Samstag nachmittag nach Genf zurückkehrte, um bereits am Montag die persönliche Führungsnahme zu den anderen Konventionsteilnehmern aufzunehmen, sprach vor Pressevertretern über die Stellung Deutschlands in Genf. Er führte u. a. aus:

Die Konferenz wird am Dienstag in die Beratung des englischen Konventionentwurfes eintreten, der vor den Osterferien von der Generalkommission einstimmig, also auch unter deutscher Zustimmung, angenommen worden sei. Selbstverständlich hat die deutsche Delegation an diesem Entwurf noch mancherlei auszusprechen, ebenso wie die anderen Delegationen, jedoch das Projekt wohl noch manchen Änderungen unterworfen sein wird. Immerhin kann bei allseitig gutem Willen dieses Projekt als Grundlage einer abschließenden Konvention dienen.

Der Botschafter wies dann darauf hin, daß der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage absolut unbedingbar ist. Er ist nichts weiter als der Inhalt dessen, was in den Verträgen festgelegt ist und geht in keiner Weise über diese Verträge hinaus. Die Dinge können auch gar nicht anders verstanden werden, als sie in unserem Standpunkt zum Ausdruck gebracht sind. Herr Radolny erklärte, er habe aus dem Echo in der französischen Presse auf seinen Artikel gesehen, daß man dort nicht seiner Auffassung über unseren Standpunkt in der Abrüstungsfrage sei. Aber demgegenüber müsse er nochmals betonen: Es kann sich dabei nicht um diese oder jene Auffassung handeln, es ist nichts anderes als der Fakt und der Inhalt des Fakt, den wir realisiert haben wollen und dessen Verwirklichung wir verlangen können. Denn Deutschland verhandelt seit 14 Jahren friedlich und habe sich immer wieder, trotz aller Enttäuschungen, an einen Tisch mit den Vertretern der anderen Mächte gesetzt. Deutschland sei über den französischen Sicherheitsplan in die Diskussion eingetreten, habe die Frage der Kontrolle ohne weiteres — natürlich unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Verwendung der Resiprozität — angenommen, habe in der Frage der Bereitwilligkeit der Seeere usw. nicht alles abgelehnt und sich auch mit einer Uebergangsperiode einverstanden erklärt. Er glaube, es sei nun an der anderen Seite, guten Willen zu zeigen, um dieses Werk zum Abschluß zu bringen.

Kommunistische Fälscherwerkstätten

Berlin, 22. April. Der Leiter der politischen Polizei, Oberregierungsrat Diebels, gab der ausländischen und einigen Vertretern der inländischen Presse Gelegenheit, Einblick in die Stätte der kommunistischen Grenz- und Hochpropaganda zu nehmen. In der Poggenhagenstraße, die Ende vorigen Jahres entdeckt worden war, besaßen die Kommunisten 4000 Stempel der verschiedenen Volkspolizei, Zoll- und Grenzbehörden fast aller Staaten der Welt. Die Arbeit wurde so geschickt und lahmend durchgeführt, daß es selbst der Polizei außerordentlich schwer fiel, Echtes von Fälschem zu unterscheiden. Diese Werkstätte war die Stätte der kommunistischen Poggenhagenzentrale in Berlin. Die Vertreter der Presse wurden in einzelne Grenzpropagandastellen der Kommunisten im Zentrum und im Westen Berlins geführt. Eine dieser Propagandastellen ist als Photographenatelier getarnt und befindet sich im ersten Stock in einem Mietshaus im Zentrum der Stadt. Zunächst erblickt der Besucher nichts Verdächtigendes. Erst durch die Kriminalbeamten wird er auf einen Versteckungsapparat mit elektrischem Antrieb, auf verstellte Pakete mit ungelesenen Druckschriften, auf Nachrichtenblätter mit Geheimmeldungen über angebliche Verhandlungen verhafteter Personen aufmerksam gemacht. Elektrische Signalanlagen, mehrere Fluchtgelegenheiten durch dunkle Gänge und mit Hilfe von Leitern über anliegende Dächer, vervollständigen das gezeichnete Bild. In einem andern photographischen Büro waren vollkommene Nachrichtenstellen der Kommunisten eingerichtet, die über die Internationale Arbeiterhilfe das zusammengestellte Material an ausländische Hauptstellen vor allem in Paris und Prag und an ausländische Journalisten lieferte. Eine lahmend angelegte Dunkelkammer wurde gezeigt, in der Gaslichtaufnahmen von Militär- und Zivilpersonen vervielfältigt wurden wozu um sie nach Sowjetrußland weiterzuleiten. Ein weiteres Büro, auch als Photoatelier getarnt, hatte einen Kurzwellensender. Außerdem wurden hier gefälschte photographische Aufnahmen hergestellt und ins Ausland verschickt. So zeigte eine Photographie die angeblichen Vermählungen im Gewerkschaftshaus. Eine andere zeigte einen einäugigen Kriegsinvaliden, der als Kommunist oder Jude ausgemacht ist, dem ein Auge ausgehoben wurde. Eine weitere Photographie zeigte Minister Seltsche in Begleitung Thälmanns beim Abscheiden einer Front.

Keine Auflösung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 23. April. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei beschloß am Sonntag im Anschluß an ein Referat des Parteiführers Dingeldey die Aufrechterhaltung der Deutschen Volkspartei. Der Beschluß erfolgte, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, in namentlicher Abstimmung mit Mehrheit.

In der vom Zentralvorstand angenommenen Entscheidung heißt es u. a.: Wir erkennen an, daß Reichskanzler Adolf Hitler mit seiner gewaltigen Bewegung das vaterländische Bewußtsein im deutschen Volke neu belebt und den Gedanken der Reichseinheit endlich verwirklicht hat. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei von allen ihren Mitgliedern die tätige Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaues, das unter der Führung Adolf Hitlers begonnen ist. Eine Auflösung der Deutschen Volkspartei dient diesem Ziele nicht. Die Partei gründet ihre Daseinsberechtigung auf das Bekenntnis zu den unvergänglichen Gütern deutscher Geistes- und Gewissensfreiheit im Rahmen eines mächtvollen nationalen Staates. Gerade beim geistigen und wirtschaftlichen Aufbau eines neuen Deutschland sind diese Anschauungen unentbehrlich.

Umschaltung der Kirche

Einschaltung eines Ausschusses zur Aenderung der Kirchenverfassung

Berlin, 22. April. Der in Berlin zusammengetretene Kirchenrat der altpreussischen evangelischen Kirche hat einen kleinen Kreis von bevollmächtigten Männern ernannt, der die bereits in Angriff genommene erforderliche Aenderung der bestehenden Kirchenverfassung mit Beschleunigung erledigen soll. Der bevollmächtigte Ausschuss wird zu diesen Arbeiten auch den kirchlichen Organen nicht angehörende Männer heranziehen. Das Ergebnis seiner übrigen Beratungen hat der Kirchenrat in einer Erklärung zusammengefaßt, in der er u. a. den Vorwurf laien Eintretens für vaterländische Notwendigkeiten mit Entschiedenheit zurückweist.

Ein Kommissar für die mecklenburgische Landeskirche

Schwerin, 22. April. Der mecklenburg-schwerinsche Ministerpräsident Granzow hat den hamburgischen Kirchenrechtler B o h n als Kommissar für die evangelische Landeskirche Mecklenburg-Schwerin eingesetzt. Dem Kommissar ist die weltliche Verwaltung und richterliche Gewalt der Landeskirche übertragen.

Russischer Gegenstoß

Moskau, 22. April. Das russische Volkskommissariat für den Außenhandel hat eine Anordnung erlassen, die die Handelsbeziehungen zu England wie folgt regelt: 1. wird den Außenhandelsorganisationen verboten, Bestellungen in England vorzunehmen, sowie Einkäufe in England zu tätigen; 2. wird allen russischen Stellen unterlagt, Schiffe zu betreiben, die unter englischer Flagge schwimmen. 3. werden für englische Güter des Transitverkehrs über die Sowjetunion einschränkende Vorschriften erlassen. 4. ist die Benutzung englischer Häfen durch Transit- und Wiederausfuhrorganisationen der Sowjetunion möglichst einzuschränken. Diese Maßnahmen bleiben für die Dauer des am 19. April von England erlassenen Einfuhrverbotes für Hauptartikel des Sowjetexports nach England in Kraft.

Bündnis der NSDAP. und Heimatschutz

Wien, 23. April. Nach einer Reihe von fruchtlosen Versuchen ist es unter dem Eindruck der nationalen Revolution im Reich gelungen, auch in Oesterreich die Schaffung einer einheitlichen nationalen Front anzubahnen. Als solche ist der enge Zusammenschluß zwischen deutschem Heimatschutz, dem kräftigsten Teil der Heimwehrbewegung in Oesterreich, und der NSDAP. aufzufassen, der nunmehr erfolgt ist. Dieser Beschluß macht sich schon jetzt bei den Gleichschaltungskämpfen in der übrigen Heimwehrbewegung bemerkbar und verspricht für die künftige Politik von größter Bedeutung zu sein. Die Landespressestellen der NSDAP. und des Deutsch-Oesterreichischen (deutsches) Heimatschutzes veröffentlichen das zwischen den beiden Bewegungen abgeschlossene Abkommen.

Neues vom Tage

Eröffnung der Deutschen Woche in Köln

Köln, 22. April. Die Deutsche Woche in Köln, in deren Rahmen die unter der Schirmherrschaft des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg stehende Deutsche Jagdausstellung die Werkschau „Deutscher Wald — Deutsches Holz“ und die Ausstellung „Denk deutsch — laut deutsch“ veranstaltet werden wurde mit einem Festakt in der Großen Halle im Rheindorf Köln-Deutz von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiherrn von Lönning eröffnet.

Von Bahnpolizei erschossen

Berlin, 24. April. Zwischen Lübben und Lübbenau wurde in der Nacht zum Sonntag ein Arbeiter namens Paul Herda von einem Bahnpolizeibeamten erschossen, als er auf Anruf nicht stehen blieb, sondern flüchtete. Die Aufklärung des Zwischenfalles liegt noch aus.

Ein Kampfbund der „Neuen und Nationalen Front“ in der Schweiz. — Nationalsozialistisches Programm

Zürich, 23. April. In einer vom Kampfbund der „Neuen und Nationalen Front“ veranstalteten öffentlichen Kundgebung erklärte der Vorsitzende, daß der Kampfbund seine Schutzbteilungen nach altschweizerischem Vorbild „Harz“ benenne und den Gruß mit erhobener Hand gewählt habe. Unter großem Beifall der etwa 1000 Anwesenden versicherte der Vorsitzende, man werde dafür sorgen, daß am 1. August in Zürich keine kommunistischen Demonstrationen stattfinden. Dann sprach Oberst-Divisionär a. D. Emil Sonderegger über das Thema „Die Ordnung im Staat“, worin er Gedankenfänge entwickelte, die den nationalsozialistischen ähnlich sind.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 24. April 1933.

Gemeinderats-Wahlen. Der Vertrauensmann der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ für das Land Württemberg, Hauptmann a. D. Wiest in Stuttgart, hat im hiesigen Oberamtsbezirk zur Einreichung von Wahlvorschlägen und zur Abgabe von Verbindungserklärungen für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot als Beauftragten Nüchtersheimer Karl Silber in Altensteig für Altensteig Stadt und Dorf, Fabrikant G. Rau in Wildberg für die Gemeinden Esringen, Gältlingen, Sulz und Wildberg, für Nagold und alle anderen Ortsgemeinden Wilhelm Theurer in Nagold bevollmächtigt.

Als Beauftragter für alle Ortsgemeinden des Oberamts Neuenburg wurde für die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ Dr. med. Hubenhofer bevollmächtigt.

Im Bezirk Calw wurde als Beauftragter für die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ für Neubulach Stadtschultheiß a. D. Müller und für Calw und alle übrigen Ortsgemeinden Bahnhofinspektor Haile in Calw bevollmächtigt.

Als Beauftragter für alle Ortsgemeinden des Oberamts Neuenburg wurde für dieselbe Kampffront Sägemerksbesitzer Hans Otto Mehger in Höfen a. d. Enz bevollmächtigt.

Antliches. Nach zehnjähriger Dienstzeit wurde Landjäger Schwenk von Nagold zum Oberlandjäger befördert.

Ständchen. Der „Liederfranz“ brachte am Samstagabend dem Jubelpaar Wilhelm Henkler, Sattlermeister, mit Frau anlässlich seiner silbernen Hochzeit ein Ständchen. Vorstand Witzmann widmete dem Jubelpaar freundliche Worte unter Ueberreichung eines Geschenks, besonders dem Ehrenjäger dankend, der über zwanzig Jahre schon in pflichttreuer Arbeit den Posten des Kassierers versieht. Im „Bab“ fanden sich noch die Sänger mit ihrem treuen Finanzminister zusammen, wo manches Lied dem Jubelpaar zu Ehren erklang.

Grömbach, 24. April. Am gestrigen Sonntag fand im Gasthaus zum „Löwen“ eine Ausschüttung des Bezirks-Feuerwehr-Verbandes Neuenstadt statt, wofür der diesjährige Bezirksfeuerwehrtag am 28. Mai nach Grömbach endgültig festgelegt wurde. Verbunden mit der Tagung selbst war ein interessanter Vortrag über „Waldbau und Waldbrandbekämpfung“ von Forstmeister Schöck-Pfalzgrafenweiler.

Pfalzgrafenweiler, 24. April. (Ein Gedenktage.) Der heutige Montag, der 24. April, ist für die Gemeinde Pfalzgrafenweiler ein Gedenktage trauriger Art. An diesem Tage vor 135 Jahren — am 24. 4. 1798 — brach im Gasthaus zum „Lamm“ Feuer aus, durch das der Ort Pfalzgrafenweiler nahezu ganz in Asche gelegt wurde. Der Besitzer des Gasthauses zum „Lamm“ hatte an jenem Tage Hochzeit und war mit der Hochzeitsgesellschaft zur Trauung in der Kirche, als der Feuerruf ertönte. In weniger als drei Stunden war beinahe das ganze Dorf in Asche gelegt. 119 Gebäude, darunter 93 Wohngebäude und das Rathaus wurden ein Raub der Flammen und nur das Pfarrhaus, die Schule, das alte Forsthaus und einige Privatgebäude (im ganzen 17 Häuser) blieben vom Feuer verschont. 135 Familien waren ihres Obdaches, sowie ihrer familiären beweglichen Habe beraubt. Der Ort wurde hierauf ziemlich regelmäßig und, wie es in einer alten Beschreibung heißt, „mit breiten Straßen und einem ansehnlichen Marktplatz“, neu angelegt. — In den letzten fünfzehn Jahren zeigte unser Ort eine besonders starke Entwicklung, die auf den rührigen Handwerker- und Gewerbebestand zurückzuführen ist. Zahlreiche Neubauten geben davon Zeugnis.

Vom Bezirk Neuenstadt, 22. April. (Verschobener Markt. — Sonderkommissar für die Ortskrankenkasse. — Silberne Hochzeit.) Der Markt findet, da der 1. Mai gesetzlicher Feiertag ist, am Samstag, den 29. April 1933, statt. — Der Reichskommissar für die Krankenkassen hat den Landrat Knapp-Neuenstadt zum Kommissar für die Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenstadt bestellt. — Gustav Ziesel, Gärtnermeister, und Frau Mina geb. Heintzelmann, feierten am gestrigen Sonntag die silberne Hochzeit.

Neuenstadt, 24. April. (Zusammenstoß.) Gestern mittag gegen 1.45 Uhr stieß an der Replerstraße ein über 60 Jahre alter hiesiger Motorradfahrer bei einer Einbiegung von der Musbacher in die Stuttgarter Straße mit einem Stuttgarter Auto so unglücklich zusammen, daß der Motorradfahrer anfänglich bewußtlos liegen blieb. Der Fahrer wurde ins Krankenhaus verbracht, dürfte jedoch mit dem Leben davorkommen.

Vom Bezirk Calw, 24. April. Zum kommissarischen Vorsitzenden des Verwaltungsrats beim Gemeindeverband des Elektrizitätswerks Bad Teinach wurde vom Staatspräsidenten der Sonderkommissar Georg Wurster in Calw ernannt. — In Hirsau wurde in der Wildbader Straße eine große Menge Munition in einem Gebüsch verstreut aufgefunden. — Der Vorstand und Ausschuss der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Calw, hat am letzten Donnerstag in einer eingehenden Aussprache die Stellung der Partei im politischen Geschehen der Gegenwart erörtert und einstimmig die Auflösung der Ortsgruppe beschlossen. — Verhandlungen zwischen Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterpartei, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Württemberg. Bauernbund, Deutscher Volkspartei und Zentrum haben zu dem Entschluß geführt, gemeinsam eine Wählervereinigung zu bilden. Von den insgesamt 12 zu bezeichnenden Stadtratsmitgliedern entfallen damit 10 auf diese Vereinigung, während für den Christlichen Volksdienst und die Sozialdemokratische Partei je ein Sitz verbleiben. Von den 10 Sitzen der Vereinigung erhält die NSDAP 8, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 2 Sitze. Wie verlautet, werden aber nur 7 Sitze von der nationalsoz. Partei in

Anspruch genommen werden für den achten Sitz soll ein der NSDAP nicht zugehöriger Bewerber namhaft gemacht werden, dessen Aufgabe es sein wird, die Belange des katholischen Teils der städtischen Bevölkerung zu wahren.

Herrenalb, 21. April. Gestern abend wurde auf dem freien Platz vor der großen Brücke durch den SA-Sturm 19/125 hier und Umgebung unter Mitwirkung des Männergesangsvereins „Liederfranz“ mit einer erhebenden Feier unter sehr starker Beteiligung der Einwohnerschaft die „Freiheitslinde“ gepflanzt. Große Begeisterung weckte die Ansprache von Unterkommissar Forstmeister Böpple mit der ergreifenden Rückschau auf die Kampfzeiten und dem Blick auf die kommenden Aufgaben. Das „Horn Liederfranz“ schloß den Ehrentag des Volkstanzlers. Zwei Straßen des Kurorts erhielten neue Namen: die Ettlingerstraße trägt nunmehr den Namen des Reichspräsidenten; die von der großen Brücke aufwärts nach Döbel führende Straße, früher Olga- und Döbelstraße, heißt jetzt „Adolf-Hitler-Straße“.

Kuppingen, O.A. Herrenberg, 21. April. (Das ganze Hochzeitsgeschehen gestohlen.) Dem Mühlefuhrer Leonhard Haarer wurde das ganze Hochzeitsgeschehen, das er vor einigen Tagen erhalten hatte, gestohlen. Von dem Täter, der sich im Hause ausgespant haben muß, fehlt jede Spur.

Horb, 22. April. (Autounfall.) Zwischen Edenweiler und Ergenzingen, etwa zwei Kilometer von Ergenzingen, kam heute ein Bierliger-Personenwagen aus Baden, besetzt mit zwei älteren Personen, ins Schleudern und geriet dadurch die Böschung hinunter. Der Lenker des Wagens (ein Herr in den 60er Jahren) zog sich durch den Aufstoß aufs Lenkrad eine schwere Brustverletzung zu. Die Begleiterin kam mit leichten Verletzungen davon. Glücklicherweise kam ein Auto aus Horb des Wegs, dessen Lenker den Verunglückten die erste Hilfe gewährte.

Sulz a. N., 22. April. Am 27. April d. J. 15 Uhr, findet in Sulz a. N. anlässlich des 200. Geburtstages des großen schwäbischen Biologen und Arztes J. D. Köhler eine Gedächtnisfeier mit Einweihung einer Gedenktafel statt. Anlässlich dieser Feier wird der erste Vorsitzende des Deutschen Biologenverbandes, Professor Dr. Lehmann-Tübingen, sprechen über: „Was bedeutet die biologische Arbeit Köhlers für den Lebenskampf des deutschen Volkes?“

Oberndorf, 22. April. (Aus der Fremdenlegion zurück.) Dieser Tage fand sich auf der Polizeiwache hier ein aus der Fremdenlegion zurückgekehrter deutscher Fremdenlegionär ein. Der Legionär, der sich 1921 als junger Mensch zur Fremdenlegion anwerben ließ, hat nun 12 Jahre in Afrika, in Algerien und Marokko unter der Triflorde bei der glühendsten Sonnenhitze gedient. Als Lohn für treu geleistete Dienste erhielt er ein Abgangsattest, einen fast wertlosen Zioilanzug und etwa 1.60 RM. Reisegeld. Von der deutsch-französischen Grenze bis hierher hat der arme Teufel seinen Weg wegen vollständiger Mittellosigkeit zu Fuß zurücklegen müssen.

Oberndorf a. N., 22. April. Die Ursache des Waldbrandes am Ostermontagmorgens auf dem Kapf ist ermittelt. Der Täter, ein 29 Jahre alter, vom Badischen Stammpeter, hier wohnhafter Mann, hat an der Stelle, an welcher der Waldbrand ausgebrochen ist, eine Zigarre angezündet und das brennende Streichholz nachfolgend beiseite geworfen, wodurch das dürre Gras Feuer fing.

Schramberg, 23. April. Die Allgem. Ortskrankenkasse Schramberg hat im Geschäftsjahr 1932 den Grundsatz „kleinster Aufwand — größte Leistung“ nicht befolgt. Wenn zum Beispiel für Krankheitsversicherung und Gesundheitsfürsorge 4388 Mark ausgegeben werden, dagegen aber 40.690 Mark für Verwaltungskosten, so beweist das, daß zu große Summen ihrem eigentlichen Verwendungszweck entzogen werden. Es nützt den Versicherten nichts, wenn für Autosfahrten 2437 Mark entfallen, wenn Porto- und Fernsprechgeldern den unangenehm hohen Betrag von 1986 Mark ausmachen, wenn es dazu noch 966 Mark für Diäten und 803 Mark für Sonstiges zu zahlen gibt. Ferner ist es für Nichtschlechte total ungreiflich, wie man für 2488 Mark Schreibmaterialien usw. verbrauchen kann. Kein Wunder, wenn sich bei solchen Brocken der Betrag von 13.839 Mark für Sächliche Verwaltungskosten ergibt.

Schramberg, 22. April. (Amtsenthebung.) Das Oberamt teilt mit: Krankenkassenverwalter Kolb in Schramberg muß nach der Weisung der vorgelegten Behörde dem Amt vorerst fernbleiben.

Stuttgart, 22. April. (Osterfreizeiten.) In den Tagen vom 13. bis 17. April veranfaltete der Evang. Verband für die weibliche Jugend Württembergs für seine Mitglieder 3 Osterfreizeiten in Jagstheim bei Crailsheim, Neckarhausen h. Rüringen und im Jugendhaus Schmie. Etwa 75 Mädchen aus allen Teilen unseres Landes nahmen daran teil.

Aufhebung der bayerischen Gesandtschaft. Durch eine Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 19. April 1933 ist die bayerische Gesandtschaft in Stuttgart vom 1. Juni 1933 an aufgehoben worden.

Württemberg. Staatstheater. Kogebue's „Deutsche Kleinräuber“, eines der lebenswichtigsten und wirksamsten deutschen Lustspiele, das hier seit einem Jahrzehnt nicht mehr gegeben wurde, erscheint am 5. Mai in neuer Inszenierung von Kurt Junker im Kleinen Haus.

Der Wirte-Verbandstag in Böblingen zurückgestellt. Infolge der Gleichschaltung im Landesverband der Wirte Württembergs ist der Verbandstag, der am 29. und 30. Mai in Böblingen abgehalten werden sollte, vom kommissarischen Vorstand auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der kommissarische Vorstand, Ernst Rösch, hat dem leitenden Vorstand, Fritz Steffel, für seine muster-gültige und aufopfernde Tätigkeit während seiner Amtsführung den Dank des Verbands ausgesprochen.

Göppingen, 23. April. (Von den Dienstgeschäften beurlaubt.) Das Kultministerium hat den Vorstand des Bezirksschulamts Göppingen, Oberlehrer Samuleit, von seinen Dienstgeschäften beurlaubt.

Biberach, 22. April. (Nicht verhaftet.) Die Meldung der oberschwäbischen Presse, daß Direktor Witzung verhaftet und nach dem Heuberg abtransportiert worden sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Crotzheim, O.A. Biberach, 22. April. (Verbrüht.) Das zweijährige Kind der Familie Menck hat sich in heißem Wasser so schwer verbrüht, daß es starb. Die Mutter Theresia Menck nahm diese herbe Prüfung so schwer, daß sie an einem Herzschlag starb. Mutter und Kind wurden gemeinsam beigelegt. — In Marktetten O.A. Leutkirch fiel das zweijährige Söhnchen der Familie Baumann rücklings in eine mit heißem Wasser gefüllte Wanne und verbrühte sich daran, daß es ebenfalls starb.

Ulm, 22. April. (Auslandsauftrag.) C. D. Magirus liefert nach Rußland 10 motorisierte Feuerwehr-Fahrzeuge modernster Art (Magirusleitern mit Mannschaftsfahrstuhl), Feuerwehr-Kino-Aufnahme, Wagen u. a. m.

Mitteilung des Staatskommissars für die Landwirtschaft

Nach Vereinigung der landwirtschaftlichen Organisationen und Bildung der Landesführergemeinschaft geht diese nunmehr sofort an die Neuordnung der berufständischen Organisation heran. Zu diesem Zweck werden in den nächsten Wochen nach und nach zu erlässenden Richtlinien die Vorstände der Landw. Bezirksvereine neu gebildet. Um jeder etwaigen Beunruhigung in den betreffenden Organen vorzubeugen, teile ich mit, daß bezüglich der Landw. Bezirksvereine und hinsichtlich der Landw. Ortsvereine außer der Neubildung der Vorstände im Rahmen der allgemeinen Gleichschaltung keinerlei Änderungen geplant sind. Insbesondere trifft dies in Beziehung auf die Selbstständigkeit dieser Organe in der Verwaltung ihrer Kassenführung und der Verwendung etwaiger Vermögensteile zu. Es wird von den bisherigen Vorständen über die bisherige Verwaltung des Vermögens verantwortliche Rechnungen zu stellen sein. Deshalb verliere ich, daß bis zur endgültigen Regelung Ausgaben nur zur Deckung schon übernommener Verpflichtungen und zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes gemacht werden dürfen. In Zweifelsfällen ist bei mir Rücksprache zu stellen.

Verordnung über Schulkasse

Stuttgart, 23. April. Das Württ. Innenministerium hat eine Verordnung herausgegeben, welche die gesamten Angelegenheiten der Schulkasse enthält. Es sind dort Bestimmungen getroffen über das Verfahren bei Verhängung der Schulkasse, bei Aufnahme des Schulkassens in ein Gelände und endlich über den Gang der Behandlung von Entlassungsgesuchen. Die Verordnung ist den Oberämtern zugegangen, wo sie eingesehen werden kann. Ferner hat das Württ. Innenministerium eine Dienst- und Vollzugsverordnung für das Schulkassener Heuberg erlassen, aus der sowohl eine geordnete und gerechte Behandlung der Schulkassens hervorgeht als auch in ihr im einzelnen Bestimmungen über das Verhalten der Schulkassens, Schulverlaufs und die Möglichkeit eines brieflichen Verkehrs enthalten sind.

Betriebsratwahlen

Stuttgart, 23. April. In Württemberg wurden die Betriebsratwahlen bereits durch Verfügung des Innenministeriums — Polizeikommissar für das Land Württemberg — vom 27. März 1933 bis auf weiteres verboten. Eine Ausnahme aus Grund des genannten Reichsgesetzes erlassene Verordnungen des Innen- und des Wirtschaftsministeriums vom 21. April ds. Js. befristet dieses Verbot unter Beschränkung seiner Geltungsdauer bis 30. September ds. Js., bestimmt jedoch gleichzeitig, daß das Wirtschaftsministerium Ausnahmen zulassen, also für einzelne Betriebe die Vornahme von Betriebsratwahlen anordnen kann. Als zuständige Behörden, denen die oben aufgeführten Aufgaben obliegen, sind das Polizeipräsidium Stuttgart und die Oberämter bestimmt worden.

Semesterbeginn an den Hochschulen

Stuttgart, 23. April. Für das Sommerhalbjahr 1933 ist der Beginn der Vorlesungen an der Landesuniversität und der Technischen Hochschule Stuttgart auf den 2. Mai festgesetzt worden. Die Rektorsleien in Tübingen und Hohenheim finden am 2. Mai, in Stuttgart am 3. Mai statt. Mit der Feier in Stuttgart wird zugleich die Eröffnung der neuen Mensa in der Seestraße und die Feier des zehnjährigen Bestehens des Stuttgarter Studentenwerks verbunden werden. — Der Kultminister hat den Professor Dr. Ina. Storz in Stuttgart zum Beauftragten mit besonderen Vollmachten an der Technischen Hochschule ernannt.

Prüfungen bei den Krankenkassen

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf Veranlassung des Reichskommissars für die Krankenkassen Württembergs, Dr. Müller, werden zur Zeit bei dem Württ. Krankenkassenverband Stuttgart, der Arbeitsgemeinschaft der Württ. Krankenkassenverbände in Stuttgart, der Allg. Ortskrankenkasse Reutlingen, dem Kassenerverband Reutlingen, der Allg. Ortskrankenkasse Heidenheim, der Allg. Ortskrankenkasse Schorndorf, der Zahnklinik der Besonderen Ortskrankenkasse Jüssenhausen, der Zahnklinik der Allg. Ortskrankenkasse Aalen durchgreifende Aufsichtsprüfungen vorgenommen.

Bei diesen Prüfungen werden die gesamte Geschäfts-, Rechnungs- und Kassenführung der Verwaltungen und die Betriebsführung der Eigenbetriebe auf Gelegentlichkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eingehend untersucht und die zur Beseitigung etwaiger Mängel notwendigen Maßnahmen sofort eingeleitet.

Auch den Sonderkommissar für die Stuttgarter Ortskrankenkassen und den Ortskrankenkassenverband Stuttgart hat der Reichskommissar veranlaßt, die Eigenbetriebe des Ortskrankenkassenverbandes, und zwar die Zahnklinik, Erholungsheim, Laboratorium und Selbstabgabestelle, eingehenden Prüfungen zu unterziehen und die Wirtschaftlichkeit dieser Eigenbetriebe nach den von Rechnungsrat Munder aufgestellten Grundfragen nachzuprüfen.

Außerdem ist veranlaßt worden, daß allen Klagen über Mängel bei den Stuttgarter Ortskrankenkassen sorgsam nachgegangen wird, die erforderlichen Erhebungen durchgeführt und die gebotenen Maßnahmen veranlaßt werden. Es ist besonders erkrankt, daß dabei auch der Geschäftsbetrieb der Eigenbetriebe der Krankenkassen, der Zahnklinik, Erholungsheim, Selbstabgabestellen für Heilmittel, Laboratorien, Werkstätten u. a. eingehenden Untersuchungen nach betriebswirtschaftlichen Grundfragen unterzogen wird.



Aus Baden

Vom Margtal, 22. April. (Eine Hitlertanne.) Vor einigen Jahren wurde im Schifferwald bei Jorbad eine der größten Tannen mit dem Namen „Hindenburg“ getauft; jetzt bekam auf Antrag des Vorsitzenden des Badischen Schwarzwaldvereins, Dr. Böhner, ein anderer „Riese“ des Schifferwaldes, ganz in der Nähe der „Hindenburgtanne“, den Namen „Hitlertanne“.

Freiburg, 23. April. (Folge des Kälteeinbruchs.) Die Kältewelle der letzten Tage hat an den blühenden Obstbäumen erheblichen Schaden angerichtet. Besonders gelitten haben die Kirschen, Aprikosen und Pfämenbäume. Auch bei den jungen Reben hat die Kälte erheblichen Schaden angerichtet. Verschiedene Winzer haben die jungen Rebstöcke mit Papier zum Schutz gegen weiteren Frost abgedeckt. Von den Feldfrüchten wurden die Frühkartoffeln schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Errichtung eines badischen Konzentrationslagers in der Landesarbeitsanstalt Kislau

Karlsruhe, 23. April. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: In der Landesarbeitsanstalt Kislau wird mit sofortiger Wirkung ein Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge errichtet. Es werden dort 65 politische Schutzhäftlinge untergebracht. Davon entfallen 30 auf das Polizeipräsidium Mannheim, 20 auf die Polizeidirektion Heidelberg und 15 auf das Polizeipräsidium Karlsruhe. Die Schutzhäftlinge werden von den Polizeibehörden, die die Schutzhaft angeordnet haben, ausgewählt; sie sollen mit Arbeiten inner- oder außerhalb der Anstalt beschäftigt werden. Die Schutzhäftlinge sind in Bezug auf Befristung, Unterbringung usw. den anderen Inhafteten der Landesarbeitsanstalt gleichgestellt und unterliegen der Hausordnung, dürfen jedoch eigene Kleider tragen. Soweit möglich werden die Schutzhäftlinge von den anderen Inhafteten der Landesarbeitsanstalt getrennt untergebracht und beschäftigt. Mit der Bewachung wird Hilfspolizei beauftragt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Wendigung in der Leitung des GdM. Der Vorsteher des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Gustav Schneider, hat sich beurlauben lassen. Aufsichtsrat und Bundesvorstand haben den bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Max Kößiger mit der Führung des Bundes beauftragt.

Hungertypus in Ostpolen. Wie der Gazeta Warszawska gemeldet wird, verschlimmert sich die Wirtschaftslage in der ostpolnischen Provinz Polesien in beängstigender Form. In einem Dorf des Grenzbezirkes ist Hungertypus ausgebrochen. Die Bevölkerung nährt sich dort von einem aus Weizenrinde zubereiteten Brot. In zahlreichen Dörfern hat die Bevölkerung seit Weihnachten nur von Kartoffeln gelebt.

Handel und Verkehr

Indizes der Großhandelspreise. Die vom Statistischen Reichsamt für den 19. April berechnete Indexziffer der Großhandelspreise stellt sich auf 90,8 (1913 gleich 100); sie hat sich gegenüber der Vorwoche (90,7) wenig geändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Rohstoffe 82,1 (plus 0,4 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 86,9 (minus 0,1 v. H.), industrielle Fertigwaren 111,3 (minus 0,1 v. H.).

Wiederverkauf. Großengrößen: Kalben und Kühe 300 bis 350, Jungvieh 70-150 RM. - Haglingen: Ferkel 180, Ochsen 200-250, Kühe 125-200, Kalben 220-325, Jungvieh 80 bis 185 RM. - Murrhardt: Ferkel 140-270, Ochsen und Stiere 120-310, Kalben und Rinder 92-275, Kühe 125-245 RM. - Rüttingen: Ochsen und Stiere 180-320, Kühe 130 bis 400, Kalben und Rinder 115-430, Kälber 87-132 RM. - Detsingen: Kühe 180-300, Kalben 250-350, Stiere und Jungkälber 100-210 RM.

Schweinepreise. Bannlaubeim: Milchschweine 16-20, Ferkel 20-35 RM. - Gaildorf: Milchschweine 17-22 RM. - Großengrößen: Milchschweine 20-22 RM. - Haglingen: Milchschweine 19-26 RM. - Murrhardt: Milchschweine 10-21 RM.

Letzte Nachrichten

Noch kein Abbruch der Beziehungen zwischen Gewerkschafts-Internationale und A.D.G.B.

Amsterdam, 24. April. Die am Samstag vom „Dorpmunder Generalanzeiger“ gebrachte Meldung aus Amsterdam, wonach in einer hier abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen worden sei, die Beziehungen zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund abzubauen, entspricht nicht den Tatsachen. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in letzter Zeit gar keine Sitzung in Amsterdam abgehalten. Die letzte Tagung fand in Paris statt. Dort wurde lediglich beschlossen, den weiteren Verlauf der Ereignisse in Deutschland abzuwarten.

Die Fallmeldung ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß in den letzten Tagen in Amsterdam eine Zusammenkunft von Abteilungsleitern und Vertrauensmännern des Niederländischen Gewerkschaftsbundes stattfand, in der man sich scharf gegen die Haltung wandte, die der A.D.G.B. gegenüber dem Kabinett Hitler einnimmt, in der man eine Verleugnung des Klassenkampfprinzips der internationalen Gewerkschaftsbewegung erblicken wollte. Es wurde ein Antrag angenommen, der dem Vorstand des Niederländischen Gewerkschaftsbundes zugestellt wurde und in dem der Abbruch der Beziehungen zum A.D.G.B. verlangt wird.

Erdstoß auf der Insel Kos

Rom, 23. April. Nach Meldungen aus Kos (Dodekanes) hat ein heftiger Erdstoß, der 30 Sekunden dauerte, dort erheblichen Schaden verursacht. Auch sei eine Reihe von Todesopfern zu beklagen. Der Herd des Erdbebens befindet sich wahrscheinlich in Kleinasien.

Storben

Neuenbürg: Frau Rang Freyer geb. Schill.
Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig

**Ämtliche Bekanntmachungen
Neubildung der Gemeinderäte.**

1. Nach Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes über die Neubildung der aufgelösten Gemeinderäte vom 12. April 1933 (Regierungsblatt Seite 87) sind die Wahlvorschlüge von den Vertrauensmännern der Kreiswahlkreise im 31. Reichstagswahlkreis bei der Reichstagswahl vom 6. März 1933 oder von deren Beauftragten zu unterzeichnen.

Für die einzelnen Wählergruppen sind die Vertrauensleute im Staatsanzeiger Nr. 90 vom 19. April 1933 bekanntgegeben. Für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist Vertrauensmann: W. Murr, Staatspräsident und Innenminister, sein Stellvertreter im Oberamtsbezirk Nagold Landtagsabgeordneter Philipp Böhner und Lehrer W. Lang in Nagold.

Für die Wählergruppe Schwarz-Weiß-Rot ist Vertrauensmann Hauptmann a. D. Hugo Wiest. Seine Stellvertreter im Oberamtsbezirk Nagold sind: Sägewerksbesitzer Theurer, Nagold, Mühlebesitzer Karl Silber, Altensteig und Fabrikant G. Rau, Wildberg.

Für die Verteilung der Gemeinderatsitze auf die einzelnen Parteien sind die von den örtlichen Wahlvorständen bei der Reichstagswahl vom 6. März 1933 ermittelten Stimmzahlen zugrunde zu legen, da die von den einzelnen Gemeinden festgestellten Wahlergebnisse durch die nachfolgende Prüfung keine Änderung erfahren haben.

Nagold, den 23. 4. 33. Oberamt: Baitinger.

Egenhausen.
Zum Besuch des morgen Dienstag hier stattfindenden **Bieh- und Schweinemarkt** wird höflichst eingeladen.
Bürgermeisteramt: Rath.

Zu dem am Donnerstag, den 27. April 1933 stattfindenden **Stämer-, Bieh-, Schweine- und Frucht-Markt** ergeht Einladung.
Nagold, den 22. April 1933. Bürgermeisteramt.

N.S.D.A.P. Die Vollversammlung des milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses „nördl. württ. Schwarzwald“

Die Ausschüsse der **Hitlerspende** können morgen Dienstag von 2-4 Uhr bei Frau Rapp eingelöst werden.

- Fünfsbrunn.**
Zugelassen
ist ein **Schwarzer Hund** und kann gegen Erwidrigungsgeld abgeholt werden bei **Johs. Bäuerle.**

Die neu eintretenden Schüler (aller Berufe) haben sich am **Mittwoch, 26. April, nachmittags 5 Uhr** in der Gewerbeschule zu melden. Bitte mit **Blatt und Notizbuch** mitbringen. In die Handschabkinnung werden auch Mädchen ohne Lehrstelle aufgenommen. Ausbildung in den Handwerksberufen einschl. Kurzschrift u. d. Maschinenschreiben.
Der Vorstand.

Gewerbeschule Altensteig. Schüleraufnahme.

Die neu eintretenden Schüler (aller Berufe) haben sich am **Mittwoch, 26. April, nachmittags 5 Uhr** in der Gewerbeschule zu melden. Bitte mit **Blatt und Notizbuch** mitbringen. In die Handschabkinnung werden auch Mädchen ohne Lehrstelle aufgenommen. Ausbildung in den Handwerksberufen einschl. Kurzschrift u. d. Maschinenschreiben.
Der Vorstand.

12x im Jahr je 50 Handarbeiten
Vorlagen modernster Muster aller Techniken (viel Wäsche) in **Beiers Monatsblatt für Handarbeit und Wäsche**
zu jedem Heft Schnittbogen, Arbeitsbogen, Abplösmuster, monatlich 1 Heft für 70 Pf.
Zu haben in der Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold

INSERATE haben jederzeit Erfolg!

Die Firma **Wera Chromische** Erzeugnisse Schwab. Omänd bietet zuverl. Personen **dauernd guten Verdienst** durch Verk. v. Waschmittel, Ölen und Fetten direkt an Private in Stadt und Land.
Verkaufe gegen bar oder tausche einen **Kleiderkasten** 160 x 210 cm gegen ein **Fahrrad** (Damen- oder Herrenrad).
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Grünen Baum Lichtspiele

Heute Montag abend **nocheinmal Helden der Luft**
Ermäßigte Preise!
Verlosung der Freilugscheine!

Hochdorf.
Danksagung.
Allen denen, die uns während der Krankheit und dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer lieben Mutter **Agathe Rothfuß** Liebe und Teilnahme erwiesen haben, danken wir auf diesem Wege herzlich.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Loise
der **Hess. Pferde-Lotterie**
Ziehung am 26. April
Doppellose zu Mk. 1.—
sind zu haben in der **Buchhandlung Lauk**
Altensteig und Nagold.

Gewerbebank
Altensteig e. G. m. b. H.
Für Mitglieder:
Abgabe von Vorschüssen, Kreditgewährung in laufender Rechnung, Diskontierung guter Warenwechsel, An- und Verkauf von Wertpapieren
Für jedermann:
Annahme von Spargeldern bei höchstmöglicher Verzinsung, Mindesteinlage 5 Mark, Errichtung provisorischer Scheck-Konten